

„Wir erleben eine Zeitenwende.
Und das bedeutet: Die Welt
danach ist nicht mehr
dieselbe wie die Welt davor.“

Olaf Scholz, 27. Februar 2022

Security.Table Standpunkt-Serie

Die Zukunft der Zeitenwende

Wo stehen wir heute?
Wo müssen wir hin?

TABLE SECURITY



Table.Media Professional Briefings

Herausgeber: Sebastian Turner, Antje Sirleschtov | **Geschäftsführung:** Jochen Beutgen, Dr. Thomas Feinen

Table Media GmbH · Wöhlertstraße 12-13 · 10115 Berlin · Deutschland, Telefon +49 30 30 809 520, Amtsgericht
Charlottenburg HRB 212399B, USt.-ID DE815849087

Fragen zu redaktionellen Inhalten: chefredaktion@table.media; Kundenservice: service@table.media
Wir nutzen Bildmaterial von Axel Martens/Bertelsmann-Stiftung; Henning Schacht/DRK; BDSV; IFSH; Privat;
Anastasia Makeieva.

Jetzt kostenlos und unverbindlich testen: <https://table.media/>

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

nichts weniger als eine Zeitenwende hatte Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 im Bundestag versprochen und tiefgreifende Veränderungen für die Bundeswehr, aber auch für die gesellschaftliche und technologische Resilienz dieses Landes angekündigt. Der Grund war Russlands Angriff auf die gesamte Ukraine.

Wo stehen wir drei Jahre später? Table.Briefings hat in der Standpunkt-Serie „Zukunft Zeitenwende“ Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen sicherheitspolitisch relevanten Bereichen gebeten, Bilanz zu ziehen und ihre wichtigsten Forderungen an die Politik zu formulieren.

Das Fazit: Vom Cyberraum bis zum Bevölkerungsschutz gibt es noch viel zu tun, um die Gesellschaft technologisch, mental und politisch für einen möglichen Angriff Russlands auch auf das Gebiet von Nato-Mitgliedern vorzubereiten und die Ukraine wirklich in ihrem Kampf gegen den russischen Aggressor zu schützen.

Mit diesem Papier bieten wir Ihnen die gesamte Serie in einem Dokument und wollen damit auch einen Beitrag zu einer informierten Debatte leisten, während die Koalitionsverhandlungen für die kommende Regierung anlaufen.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns auch in Zukunft über Ihr Interesse an unseren Analysen, Hintergründen und exklusiven News.

Ihr Markus Bickel,

Redaktionsleitung Security.Table

Inhaltsverzeichnis

Zeitenwende: Mehr Europa wagen statt neuer deutscher Sonderwege.....	4
<i>Claudia Major und Christian Mölling, SWP und Bertelsmann Stiftung</i>	
Bevölkerungsschutz: Bundesregierung muss gestalten	6
<i>Gerda Hasselfeldt, Deutsches Rotes Kreuz</i>	
Osteuropaforschung: Russland besser verstehen, Forschung fördern	8
<i>Gwendolyn Sasse, ZOiS</i>	
Cyber- und Informationsraum: Zeitenwende ist bislang ausgeblieben	10
<i>Matthias Schulze, IFSH</i>	
Software Defined Defence: Streitkräfte für die Zukunft rüsten	12
<i>Eva Ziegler und Peter Obermark, BDSV</i>	
Menschenrechte: Zeitenwende darf keine Kürzung von Entwicklungshilfe bedeuten	15
<i>Mario Neumann, Medico International</i>	
Deutsche Ukraine-Politik: Auf Worte müssen noch Taten folgen	18
<i>Oleksii Makeiev, Ukrainischer Botschafter in Deutschland</i>	
Table.Briefings – for better informed decisions.....	20
Security.Table Professional Briefing.....	20

Die in diesem Reader dokumentierten Beiträge sind zwischen Januar und Februar 2025 im Security.Table erschienen. Online sind sie hier zu finden: [Zukunft Zeitenwende](#)

Zeitenwende: Mehr Europa wagen statt neuer deutscher Sonderwege



Wissenschaftlerin Claudia Major und Wissenschaftler Christian Mölling. (Axel Martens/Bertelsmann-Stiftung)

„Zeitenwende“ – nach fast drei Jahren scheinen alle zu wissen, worum es geht. Dabei fehlt eine zentrale Dimension: Europa. Das schreiben die Wissenschaftler Claudia Major und Christian Mölling in einem gemeinsamen Standpunkt.

Die Zeitenwende kommt bislang **vor allem als nationales Projekt** daher, als Ertüchtigung der Bundeswehr. Oft reduzieren sie viele noch weiter, nämlich auf das Sondervermögen und die zwei Prozent der Nato-Ausgaben, die Deutschland nun endlich liefern will.

Doch seit dem 24. Februar 2022 ist klar definiert, was Deutschland für Europas Sicherheit und Verteidigung liefern muss: Der nationale Beitrag zur Nato muss auch dann dauerhaft verfügbar sein, wenn das Sondervermögen ausgegeben ist; die Ukraine muss in die Verteidigungsanstrengungen des Westens so integriert werden, dass sie zum Sicherheitslieferanten wird. Drittens muss **Deutschland innerhalb der Nato kooperationsfähig und -befähigend** sein.

Rückschritte bei der Kooperation

Während eins und zwei bekannt sind, aber Schnelligkeit und Umfang der Beiträge hinter den Anforderungen bleiben, wird **die Kooperationsfähigkeit häufig vergessen**. Doch hier macht Deutschland sogar Rückschritte. Das ist dramatisch, denn Europas Verteidigung beruht auf der Annahme, dass die Europäer ihre politische und militärische Schlagkraft durch **Zusammenarbeit und Geschlossenheit** steigern. Schließlich können sie die zur Abschreckung und Verteidigung notwendigen großen Nato-Verbände nur gemeinsam aufstellen, und die Ostsee überwachen auch.

Die Zusammenarbeit ist aber auf der politisch-strategischen Ebene auf einem absoluten Tiefpunkt. Deutschlands Partner müssen sich anhören, wie großartig Deutschland die Ukraine unterstützt und andere nicht, zumindest wenn man die Zahlen so wählt, wie die Bundesregierung das tut, und statt auf das Verhältnis zur Wirtschaftskraft auf das absolute Volumen schaut. **Die Beziehungen zu zentralen Partnern in Europa sind auf dem Tiefpunkt:** Mit Frankreich herrscht ungekannte Sprachlosigkeit. Die Chance eines Neuanfangs mit Polen wurde vergeben. In vielen kleineren Formaten, wie den nordisch-baltischen Treffen, war Deutschland gar nicht mehr eingeladen.

Verbündete organisieren sich ohne Deutschland

So droht ein deutscher Sonderweg. Deutschland ist stolz auf seine Beiträge, aber seine **Partner zweifeln an Berlins mangelnder Einsicht**, weil die deutschen Beiträge einerseits nicht reichen und andererseits ohne Berlin ausreichende Sicherheit in Europa kaum leistbar ist. In diesem Teufelskreis aus deutscher Selbstzufriedenheit und folglich gebremster Leistungsbereitschaft und Belehrung anderer, was sie zu tun hätten, resultiert nicht nur Frust, sondern eine **wachsende Sicherheitslücke für Europa**. Damit diese nicht größer wird, organisieren sich unsere Verbündeten um Deutschland herum. Im Grunde verlieren so alle (außer Russland).

Für Deutschland wird es nun doppelt schwierig, weil die vergangenen **drei Jahre intensiver Partnerschaft von Scholz und Biden enden**. Dann ist Europa vielleicht allein bei seiner Verteidigung, vor allem aber ist Deutschland allein in Europa, weil es seine Partner vernachlässigt hat. Und während andere – auch angetrieben durch die deutsche Abwesenheit – ihren Deal mit den USA suchen, dürfte sich ein **isoliertes Deutschland im kritischen Fokus der neuen US-Regierung** wiederfinden.

Deutschlands Sonderweg als Gefahr für Europa der Zukunft

Dabei wollte doch gerade die Ampel-Koalition alles anders machen und betonte im Koalitionsvertrag 2021, dass sie „die Sorgen insbesondere unserer mittel- und osteuropäischen Partnerstaaten ernst“ nimmt. Doch obwohl Deutschlands Vorstellungen, wie man Frieden bewahrt und Krieg verhindert, spätestens seit dem russischen Überfall gescheitert waren, meint Berlin immer noch, es könne den Alliierten von Nord- bis Südosteuropa erklären, was es militärisch braucht. Und dass **Dialog und Entspannung eine Alternative zu erfolgreicher Abschreckung seien**. Dabei baut Dialog auf gesicherter Abschreckung auf.

Damit sind wir beim Kern der **Kooperationsunwilligkeit**: Deutschland traut seiner (falschen) Interpretation der Vergangenheit mehr als der Evidenz im Hier und Jetzt und den Begründungen seiner Partner. Berlin hofft, dass das alte Europa noch nicht enden möge – dabei ist es längst vergangen. Für das Europa der Zukunft ist ein solches Deutschland aber eine Gefahr: Es schafft keine Gestaltungskraft durch Kooperation, sondern nur trotz des deutschen Sonderwegs. Damit aus der Zeitenwende etwas wird, sollte **Deutschland weniger Lehrmeister und viel mehr Kooperationsmeister** sein.

Claudia Major leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie ist Mitglied im Beirat Innere Führung des Verteidigungsministeriums und des Beirats zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amtes.

Christian Mölling leitet das Europaprogramm der Bertelsmann-Stiftung. Er forscht und berät seit 25 Jahren zu Fragen der Sicherheit, Verteidigung, Rüstung und Technologie.

Bevölkerungsschutz: Bundesregierung muss gestalten



Gerda Hasselfeldt ist seit 2017 Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes. (Henning Schacht/DRK)

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland ist nicht gut genug aufgestellt, um mit den zunehmenden Herausforderungen Schritt zu halten. Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, fordert von der Politik entschlossenes Handeln.

Was müsste in den nächsten 1.000 Tagen geschehen, um eine Zeitenwende beim Bevölkerungsschutz einzuleiten und umzusetzen, die zeigt, dass sich die Politik der Thematik endlich verantwortungsbewusst annimmt? Aus meiner Sicht ist der wichtigste Punkt, dass man von schönen Sonntagsreden wekommt und sich dem wirklichen **Gestalten** zuwendet. Die Probleme sind hinlänglich bekannt.

Das DRK fordert 0,5 Prozent des Bundeshaushalts, die in den **Bevölkerungsschutz** fließen müssten, also rund 2,4 Milliarden Euro als angemessene Beteiligung des Bundes an diesem Thema. In den vergangenen Jahren lag diese Summe im Haushalt aber bei nicht einmal 600 Millionen Euro. Dies hat zur Folge, dass für Kernprojekte eines zeitgemäßen Bevölkerungsschutzes Jahr für Jahr die Mittel fehlen, was uns im Fall einer Krise (auch finanziell) teuer zu stehen kommen wird. Hier gilt die alte Binsenweisheit: Vorsorge ist besser als Nachsorge.

So brauchen wir zum Beispiel mehr **Mobile Betreuungsmodule 5.000**. Mit diesen Modulen können in Krisensituationen jeweils bis zu 5.000 Personen autark untergebracht, betreut und versorgt werden. Bisher sind eineinhalb dieser Module anfinanziert, mindestens zehn Stück sollen bis

2027 zur Verfügung stehen. Wie das gelingen soll, wenn dafür **2025 keine Haushaltsmittel eingestellt sind**, ist für mich ein Rätsel.

Bisher kaum Information über vulnerable Gruppen

Die Ausbildung von Pflegeunterstützungskräften, welche in einer Ausnahmesituation beispielsweise in Notunterkünften unterstützen könnten, müsste ebenfalls dringend vorangebracht werden. Man könnte an dieser Stelle mit einem geringen zweistelligen Millionenbetrag Deutschland deutlich krisenfester machen.

Auch bei **Erste-Hilfe-Kursen mit Selbstschutzhinhalten** könnte noch mehr passieren. Die beabsichtigte Förderung der Ausbildung von 450.000 Personen im Zeitraum 2025 bis 2029 ist noch zu klein gedacht. Um die Fähigkeiten zur Selbsthilfe in der Bevölkerung in dem Maße aufzubauen, wie diese im Krisenfall benötigt würden, müssten rund zehnmal so viele Menschen ausgebildet werden wie vorgesehen. Zudem sollte es vielerorts und an zahlreichen Stellen einen **stärker vorausschauenden Ansatz** geben. Dadurch hätte man in einer Notlage zum Beispiel **mehr Risikoinformationen über vulnerable Gruppen**, wie die Aufenthaltsorte pflegebedürftiger Menschen.

Helfergleichstellung dringend benötigt

Ein weiterer Punkt wird häufig vergessen: die große **Rolle des Ehrenamts**. Der Bevölkerungsschutz in Deutschland wird zu **90 Prozent von Ehrenamtlichen** getragen. Damit das selbst bei steigenden Herausforderungen so bleibt, wird mehr Anerkennung dessen benötigt, was hier Menschen Tag für Tag leisten. Es braucht eine **Förderung der hauptamtlichen Unterstützungsstrukturen**. Weiter braucht es endlich eine **bundesweit einheitliche rechtliche Gleichstellung von Helfenden** aller anerkannten Hilfsorganisationen mit THW und Feuerwehren bezüglich Arbeitsfreistellung und Lohnfortzahlung bei Einsätzen, Weiterbildung und Übungen.

Doch nicht nur auf Bundesebene müsste vieles passieren, um die Zeitenwende im Bevölkerungsschutz zu vollziehen. Wie der Bund müssten auch viele **Bundesländer und Kommunen verantwortungsvoller** handeln und ihre Bürgerinnen und Bürger besser vor der nächsten Katastrophe schützen. Denn eines ist klar: Die Zeit drängt. Der Schutz der Bevölkerung muss der verantwortlichen Politik mehr wert sein – heute, morgen, in den nächsten 1.000 Tagen und darüber hinaus.

Gerda Hasselfeldt ist Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes.

Osteuropaforschung: Russland besser verstehen, Forschung fördern



Gwendolyn Sasse leitet das Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS) in Berlin.
(Annette Riedl/Zois)

Wer verstehen will, was in Osteuropa geschieht, warum Russland einen Krieg gegen die Ukraine führt, kommt an der Expertise der Osteuropaforschung nicht vorbei. Doch leider ebbt die Nachfrage danach ab – und die Zahl der Professuren in diesem Bereich sinkt.

An die Osteuropaforschung hat Olaf Scholz am 27. Februar 2022 garantiert nicht gedacht, als er von der Zeitenwende sprach. Begriff hin oder her, die Zäsur durch Russlands Großangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 geht tief und fordert ein Umdenken, das in seiner Konsequenz viele unterschiedliche, letztendlich aber miteinander verbundene Bereiche tangiert. **Diese Notwendigkeit macht auch vor der Osteuropaforschung nicht halt, die sich mit Fragen befasst, die den Krieg erklären helfen,** die ihn empirisch dokumentiert und sich mit der Aufgabe konfrontiert sieht, die Ereignisse für die Öffentlichkeit einzuordnen und Wissenslücken zu füllen.

Schlagartig wurde um den 24. Februar 2022 herum klar, dass die Ukraine, Russland und die Region Osteuropa insgesamt, die sich genauen geografischen oder politischen Grenzziehungen entzieht, **im öffentlichen Diskurs nicht präsent genug** waren. Die Überraschung über Russlands Invasion war dementsprechend groß. Dass Russlands Krieg gegen die Ukraine bereits mit der Krim-Annexion 2014 begann, sich im Krieg im Donbas fortsetzte und 2022 in seine dritte Phase ging, wurde erst nach Beginn der Vollinvasion umfassender thematisiert.

Osteuropa-Expert*innen aus Wissenschaft und Think-Tanks wurden zu regelmäßigen Kommentator*innen in den Medien bis in die Talkshow-Formate hinein. Diverse Erklärformate, Podcasts und öffentliche Veranstaltungen von Forschungsinstituten, Bildungseinrichtungen und Stiftungen stießen auf großes Interesse. **Inzwischen ist dieser Osteuropa-Boom schon wieder am Abklingen.** Lernprozesse bleiben auch in Krisenzeiten ambivalent.

Ein langanhaltender Krieg scheint die öffentliche Aufmerksamkeitsspanne zu überdehnen. Psychologische Mechanismen verdrängen zunehmend das Ausmaß und die Konsequenzen des Krieges, die weit über die Ukraine und Russland hinausgehen, und populistische Stimmenfänger am rechten und linken Rand des Parteienspektrums mobilisieren genau diesen Wunsch nach Abstand von der unschönen Realität. Die Wahlkämpfe auf Länderebene und jetzt der Bundestagswahlkampf zeigen in ihrer Akzentuierung von Frieden – **wohlgemerkt ohne einen Plan, wie es zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine und Europa insgesamt kommen kann** – dass die Ukraine und Osteuropa mental weiterhin entfernter erscheinen als der Blick auf die Landkarte oder in die Geschichte suggeriert.

Weniger Professuren für die Osteuropaforschung

Das Feld der Osteuropaforschung ist und bleibt diffus. Es handelt sich um eine Schnittmenge aus Wissenschaftler*innen aus verschiedenen akademischen Disziplinen. Unter ihnen sind die Geistes- und Sozialwissenschaften am prominentesten vertreten. Gemessen an der Zahl der Lehrstühle bringen die Geschichts-, Sprach- und Kulturwissenschaften mehr kritische Masse auf als die Sozialwissenschaften. **Seit Februar 2022 hat sich an den Strukturen der Osteuropaforschung nur wenig verändert.** Der dominante Russlandfokus in der Slawistik wird bestenfalls mittelfristig durch mehr Vielfalt ersetzt werden.

Die Professuren mit Osteuropa-Denomination sind auch nach Februar 2022 weiter rückläufig. Natürlich widmen sich nicht nur Lehrstühle mit entsprechendem Titel der Region. Es bedarf auch einer stärkeren Verankerung in der vergleichenden Forschung. Einschlägige Forschung findet auch an spezialisierten außeruniversitären Instituten statt. Es gab und gibt weiterhin Projektförderinitiativen mit Osteuropabezug, etwa vom BMBF oder Stiftungen, aber mit wenigen Ausnahmen lässt sich hier bisher keine systematische Priorisierung erkennen.

Ob sich die neuen Fachnetzwerke etablieren, ist noch nicht klar

Eine Auswirkung des Krieges sind die erweiterten Netzwerke von Wissenschaftler*innen, die aus unterschiedlichen Perspektiven und Disziplinen, einschließlich der Naturwissenschaften, zu den Auswirkungen des Krieges arbeiten. Die Präsenz geflüchteter Wissenschaftler*innen spielt hierbei eine wesentliche Rolle. **Aus persönlichen Netzwerken werden jedoch nicht automatisch nachhaltige Strukturen.**

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die Relevanz Osteuropas für alle sichtbar unterstrichen, aber die finanziellen, strukturellen und gesamtgesellschaftlichen Schlussfolgerungen sind weit offen. Somit ist es zu früh, von einer Zeitenwende in der Osteuropaforschung zu sprechen.

Gwendolyn Sasse ist Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt- Universität zu Berlin.

Cyber- und Informationsraum: Zeitenwende ist bislang ausgeblieben



Matthias Schulze ist Experte für Internationale Cybersicherheit. (IFSH)

Die sicherheitspolitische Zeitenwende 2022 hat alte Gewohnheiten wie die Abhängigkeit von Russland und mangelnde Verteidigungsinvestitionen infrage gestellt. Doch im Cyber- und Informationsraum blieb diese Wende aus. Die nächste Bundesregierung muss sich an EU-Partnern orientieren, die bereits weiter sind.

2024 erlebten Deutschland und die westliche Welt eine rapide **Zunahme russischer hybrider Kriegsführung**: von Cyberangriffen über Sabotageakte bis hin zur Beeinflussung politischer Diskurse mit dem Ziel der Zersetzung der Demokratie. Gleichzeitig intensivierte **China seine Bemühungen im Bereich Cyberspionage**, unterwanderte die westliche Telekommunikation und platzierte Hintertüren in kritischen Infrastrukturen – mit potenziellen Sabotagemöglichkeiten im Fall einer Taiwan-Eskalation. Dass China durch Spionage westliches Know-how stiehlt und Unternehmen aus Märkten drängt, wird weitgehend achselzuckend hingenommen.

Rechtlicher Graubereich zwischen Krieg und Frieden

Hybride Angriffe bewegen sich im **rechtlichen Graubereich zwischen Krieg und Frieden**. Sie sind schmerzhaft, bleiben aber in ihrer Intensität unterhalb der völkerrechtlichen Schwelle für militärische Selbstverteidigung. Die westlichen Demokratien, die sich dem Völkerrecht verpflichtet fühlen, sind dadurch in ihrer Reaktionsfähigkeit eingeschränkt, während revisionistische Staaten wie Russland oder China sich kaum an diese Prinzipien gebunden fühlen. Das **erschwert die westliche Reaktion auf hybride Kriegsführung**, egal ob es sich dabei um den Abschuss von Spionagedrohnen über deutschem Territorium, das Abwehren von Sabotageschiffen in der Ostsee, die offensive Reaktion auf Cyberangriffe oder um strategische

Gegenkommunikation im Ausland geht, mit der auf digitale Desinformation durch Trollarmeen reagiert werden soll.

Offene Fragen bei offensiven Cyberoperationen

Die **Bundeswehr verfügt zwar über offensive Cyberfähigkeiten**, darf sie aber nur unter engen Rahmenbedingungen (etwa im Verteidigungsfall oder bei mandatierten Einsätzen) nutzen. Bundeskriminalamt (BKA), Bundesnachrichtendienst (BND) oder Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hätten die technische Kompetenz, sind jedoch **rechtlich nicht befugt**, im Frieden ausländische Systeme zu hacken. Zudem gibt es weiterhin offene ethische, demokratische und strategische Fragen bei offensiven Cyberoperationen. Während man bei der Zeitenwende im konventionellen Bereich mutig genug war, um liebgewonnene, tradierte Vorstellungen (Wandel durch Handel) und Prinzipien (keine Rüstungsexporte in Kriegsgebiete) zu hinterfragen, gelang es nicht, dieses Problem zu lösen.

Andere Demokratien haben das gleiche rechtliche Problem bei der aktiven Cyberabwehr. Frankreich, Finnland, Schweden, Dänemark, die Niederlande, Polen und sogar das rein defensiv aufgestellte Japan diskutieren aber mittlerweile die **Aufwertung von offensiven Cyberstrategien** und die aktive Cyberabwehr in Friedenszeiten mit verschiedenen Maßnahmen.

Deutschland fehlt umfassender Ansatz

Ein rein technischer Fokus auf Cybersicherheit reicht dabei aber nicht aus. Russlands Subversion im Informationsraum ist eng mit Cybersicherheit verbunden. Andere Länder reagieren darauf. Frankreich hat eine Strategie gegen „Beeinflussungskrieg“ entwickelt, Schweden eine Organisation zur „psychologischen Verteidigung“ aufgebaut. **Deutschland braucht einen umfassenderen Ansatz**, der neben der schon bestehenden EU-Regulierung von Social-Media-Plattformen weitere Maßnahmen umfasst: etwa gesellschaftliche Resilienz durch digitale Bildung und Selbstverteidigungsfähigkeiten in Schulen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Entlarvung von Desinformationskampagnen und für die gesellschaftliche Aufklärung. **Deutschland hinkt zudem bei der strategischen Kommunikation hinterher**, mittels derer andere Staaten proaktiv auf Desinformationsnarrative im Ausland reagieren. Die Bundeswehr kann russische Desinformation beobachten, darf sie aber nicht aktiv entkräften. Eine interministerielle Abstimmung für schnelle, proaktive Reaktionen auf sich anbahnende Beeinflussungskampagnen fehlt weitgehend. Großbritannien zeigt mit Handbüchern für Ministerien, wie proaktive Kommunikationsstrategien gelingen können.

Deutschland muss Technik, Bildung, zivilgesellschaftliche Initiativen und strategische Kommunikation vereinen, um hybriden Bedrohungen zu begegnen. Die nächste Bundesregierung hat die Chance, diese Lücke zu schließen – **für eine echte Zeitenwende im Cyber- und Informationsraum**.

Matthias Schulze ist Leiter des Forschungsschwerpunkts „Internationale Cybersicherheit“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Zuvor war er stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie Principal Investigator im Projekt European Repository of Cyber Incidents. Er ist promovierter Politikwissenschaftler und Host des Podcasts „Perception.de“.

Software Defined Defence: Streitkräfte für die Zukunft rüsten



Eva Ziegler und Peter Obermark arbeiten beim Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zum Thema Software Defined Defence. (BDSV)

In der Ukraine hat sich gezeigt, dass moderne militärische Systeme anpassungsfähig und die Streitkräfte vernetzt sein müssen. Das könne bei der Bundeswehr nur mithilfe des Paradigmas Software Defined Defence gelingen, schreibt der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV).

Innerhalb kürzester Zeit wurden aus dem Ukrainekrieg wichtige Erkenntnisse über die **Anforderungen an moderne militärische Systeme** und die Notwendigkeit ihrer kontinuierlichen Weiterentwicklung gewonnen. Diese Erkenntnisse gilt es auf die eigenen System- und Komponentenentwicklungen zu übertragen.

Nur so kann die **Anpassungsfähigkeit und Vernetzungsfähigkeit der Streitkräfte** gesichert werden. Das ist Grundlage für eine moderne, resiliente und zukunftsfähige Verteidigungsarchitektur. Zwei Forderungen sind für die Umsetzung dabei zentral.

Das Paradigma SDD

- Moderne Streitkräfte müssen in der Lage sein, ihre Führungs-, Aufklärungs- und Wirksysteme kontinuierlich und kurzfristig an neue **Anforderungen auf dem Gefechtsfeld bedarfsorientiert anzupassen**. Eine solch schnelle Anpassung ist in der Regel nicht durch Hardware, sondern nur auf Basis von Software in Form von Änderungen oder Hinzufügen neuer Funktionalitäten möglich. **Militärische Softwareanpassungen sind dabei deutlich komplexer als bei klassischen IT-Systemen.**
- Militärische Operationen sind längst nicht mehr auf einzelne Dimensionen oder Plattformen begrenzt. Nur Streitkräfte, die ihre **Systeme im Sinne von Multi Domain Operations (MDO) über Domänen hinweg vernetzen** und eine einheitliche Informations-

und Prozessbasis nutzen und unter Einsatzbedingungen übergreifend orchestrieren, können bestehen.

Die Entwicklung zukünftiger militärischer Systeme muss diese zwei Forderungen berücksichtigen. Aber auch bestehende Systeme müssen, soweit wirtschaftlich und sinnvoll möglich, angepasst werden können. Als Lösungsansatz wurde das Paradigma „Software Defined Defence“ konzipiert, das es nun anzuwenden und praktisch umzusetzen gilt.

Die Designer militärischer Systeme müssen deren **Architektur mit einer hohen Flexibilität ausstatten**. Dies gelingt nur, wenn die jeweiligen Ebenen beziehungsweise Schichten der Architektur weitestgehend voneinander entkoppelt sind. Zusätzlich muss die Architektur so aufgebaut sein, dass sie mit einer großen Menge Daten umgehen kann, sich bei Bedarf anpassen lässt (z. B. durch Cloud-Lösungen) und Interoperabilität ermöglicht.

Für das bessere Verständnis kann man hier eine **Analogie zu den Smartphone-Herstellern ziehen**. Neben der tief in die Betriebssysteme integrierten Telefonfunktion (embedded) werden über die Middleware-Schicht (vgl. iOS, Android) standardisierte Schnittstellen für funktionale Software – den sogenannten Apps – zur Verfügung gestellt und der Datenaustausch zwischen den Applikationen und die Ansteuerung der Kommunikationsmedien realisiert.

Ökosystem aus Nutzern, Industrie, Forschung und Lehre

Um unsere zwei Hauptforderungen zu erfüllen, muss also zukünftig neben der **systemspezifischen Software** eine zusätzliche einheitliche Laufzeitumgebung vom Bund zur Verfügung gestellt oder zumindest im Rahmen von Anforderungen definiert werden. Diese ermöglicht es, dass Anwendungen über standardisierte Schnittstellen und Middleware mit den darunterliegenden Systemen kommunizieren. **Neue Funktionalitäten können auch nachträglich zur Verfügung gestellt** sowie ein Austausch von Daten unter Nutzung der Kommunikationssysteme der Waffensysteme mit anderen Systemen und der Cloud durchgeführt werden.

Neben diesen konzeptionellen beziehungsweise technischen Grundlagen bedarf es eines **vernetzten Ökosystems aus Nutzenden, Industrie sowie Forschung und Lehre** als essenzielle Grundlage. Dieses Ökosystem fordert Umdenken in vielen Bereichen (Beschaffung, Vertragsmodelle, Wertschöpfungsketten, Verantwortlichkeiten etc.).

Strategischer Industriedialog zwischen BMVg und Industrie

Das BMVg hat mit der Entwicklung der sogenannten Clusterlogik und mit Umsetzung **der Digitalisierungsplattform Bundeswehr als Laufzeitumgebung** die Grundlagen für eine solche zukünftige Architektur gelegt. Diese serviceorientierte Architektur orientiert sich an der Nato Consultation, Command and Control (C3) Taxonomie und erfüllt die zu Beginn aufgestellten Hauptforderungen an eine zukünftig tragfähige Systemarchitektur militärischer Systeme inklusive Interoperabilität.

Vergleichbar zur zivilen Welt der Smartphones soll auch diese Architektur standardisierte Schnittstellen für die funktionalen Softwareanteile zur Verfügung stellen, quasi im Sinne eines **App-Stores Bundeswehr**. Über die darunterliegende Middleware-Schicht soll dann zukünftig der Datenaustausch untereinander und zur Cloud realisiert werden.

Die Umsetzung des SDD-Paradigmas wird im **Strategischen Industriedialog zwischen BMVg und Industrie** vorangetrieben. Der Grundstein wurde mit dem gemeinsam veröffentlichten

Positionspapier SDD im November 2023 gelegt. Getrieben durch die Erkenntnisse des Kriegs in der Ukraine, wird in Kooperation zwischen Amtsseite und Industrie an den zur Umsetzung notwendigen Details gearbeitet. Der Erfolg der Zeitenwende wird auch von einer **konsequenten Umsetzung des Paradigmas SDD** abhängen.

***Peter Obermark** ist beim Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Vorstand des Ausschusses Digitale Konvergenz und Expertenkreisleiter Software Defined Defence im Strategischen Industriedialog (SSID) des BMVg mit der Industrie. Er war viele Jahre Offizier in der Deutschen Marine.*

***Eva Ziegler** ist Referentin Cyber/IT beim BDSV und betreut den Ausschuss Digitale Konvergenz und den Gesprächskreis 4 zu Innovation Cyber/IT im Strategischen Industriedialog zwischen Amtsseite und Industrie. Davor forschte und lehrte sie zu Politischer Ökonomie in der Sicherheitspolitik an der LMU München und wurde durch ein Promotionsstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert.*



TABELLE

Menschenrechte: Zeitenwende darf keine Kürzung von Entwicklungshilfe bedeuten



Mario Neumann von der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International. (privat)

Bedeutet die Zeitenwende eine politische Neuausrichtung in einer krisengeschüttelten Welt – oder vielmehr den Einstieg in eine Kriegs- und Aufrüstungslogik? Das fragt Mario Neumann von der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International.

Was genau ist eine Zeitenwende? Das fragen sich wohl immer noch viele, seit vor knapp drei Jahren Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Sondersitzung des deutschen Bundestages seine viel zitierte Rede zum Thema hielt und der Begriff daraufhin zum geflügelten Wort wurde. Nur wenige Tage auf die russische Invasion der Ukraine folgend erklärte er damals: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“

Als Reaktion auf den Beginn des größten Krieges in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg schwor der Kanzler das Land dann auf einen sicherheits- und außenpolitischen Kurswechsel ein. Und er kündigte neben der militärischen Unterstützung der Ukraine die Ausweitung deutscher Verteidigungsfähigkeit an.

Man kann sicher unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob die von Scholz bemühte „Welt davor“ tatsächlich erst im Februar 2022 untergegangen ist – oder ob der Ukraine-Krieg nicht vielmehr „nur“ einen der Kipppunkte im geopolitischen Machtgefüge darstellt, das schon zuvor von vielen Analysten als „konfliktueller Multipolarismus“ bezeichnet wurde. Die neue Zeit jedenfalls hat in Deutschland und Europa seitdem zweifellos begonnen. Doch ihre Bearbeitung hat eine unscharfe Kontur: Soll die Zeitenwende eine politische Neuausrichtung in einer

krisengeschüttelten Welt bedeuten oder läutet sie vielmehr den Einstieg in eine Kriegs- und Aufrüstungslogik ein?

Der Bundeskanzler agierte in dieser Frage stets ambivalent. Mehrheitlich scheinen die Akteure der Berliner Republik jedoch einem Verständnis von Zeitenwende anzuhängen, das auf eine möglichst rasche Militarisierung der Politik abzielt und die Logik des Krieges festigt, in der vor allem Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Waffenlieferungen die Mittel der Wahl sind, auf die geopolitischen Herausforderungen zu reagieren. Mit viel behauptetem Pragmatismus und viel behaupteter Alternativlosigkeit wurde die Aufrüstung der Ukraine gefordert und jeder Zweifel moralisch gezeißelt.

Der strategische Horizont dieser Logik scheint sich – allem behaupteten Pragmatismus zum Trotz – in einer recht undefinierten Idee eines westlichen „Sieges“ über Russland zu gründen, dem sowohl die eigenen politischen Vorhaben als auch das Schicksal der Ukraine geopfert werden müssen. „Die Ukrainer sind bereit, für die europäische Perspektive zu sterben. Wir wollen, dass sie mit uns den europäischen Traum leben.“ So klingt das in den Worten Ursula von der Leyens aus dem Juni 2022.

Was auch immer vom „europäischen Traum“ oder seinem westlich-amerikanischen Spiegelbild heute übrig sein mag, gestorben sind für ihn mittlerweile tatsächlich viele Ukrainerinnen und Ukrainer. Die allermeisten von ihnen als Soldaten an der Front, an der sich mittlerweile ein Abnutzungskrieg abspielt, der von einigen schon – wohl nicht ganz zu Unrecht – mit Verdun verglichen wird. Das Ausmaß an Leid und Tod kann zwar nur geschätzt werden, denn „die militärischen Verluste der Ukraine sind eines der bestgehüteten Geheimnisse im Krieg“ ([zdf heute](#)). Unabhängige Zahlen, die meist auf Schätzungen und unterschiedlichen Hochrechnungen beruhen, geben dementsprechend keine genaue Auskunft, skizzieren aber zumindest eine recht eindeutige Dimension: Es dürften mittlerweile weit über 100.000 ukrainische Soldat:innen gefallen sein, auf russischer Seite noch einmal deutlich mehr.

Was angesichts dieses Ausmaßes des Krieges auffällt, ist die engspurige Logik, in der sich die deutsche Debatte um die Zeitenwende weiterhin bewegt. Die Vehemenz, mit der fast jede politische Vorsicht der Regierung als Schwäche ausgelegt und jeder Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Krieges in die Nähe des Putinismus gerückt wird, kann nur notdürftig kaschieren, dass aus der Sieges- und Selbstgewissheit der ersten Tage mittlerweile eine große Ratlosigkeit geworden ist. Die europäische Außenpolitik steckt tatsächlich in einer Sackgasse. Und diese betrifft nicht nur den Ukraine-Krieg, sondern auch andere globale Herausforderungen, vor denen Europa und Deutschland heute stehen.

Der illusionäre Traum von einem „Sieg“ über Russland, der zur Wiederherstellung vergangener Zeiten führen soll, versteht die Zeitenwende gewissermaßen als einen auf gegenwärtige Konflikte begrenzten Prozess. Doch das krisenhafte und kriegerische Geschehen, das den Verlust der globalen Hegemonie der USA begleitet, ist ein umfassender und unumkehrbarer Prozess, der neue und große Ideen jenseits des Schlachtfeldes erfordert. Es müssten dringend politische, intellektuelle und finanzielle Ressourcen freigelegt werden, die in Zukunft die Militarisierung schwelender Konflikte verhindern und deren politische Bearbeitung ermöglichen können. Dass die Zeitenwende in Deutschland derzeit von Rückbau beim Klimaschutz, Kürzungen humanitärer Hilfe und einer Debatte über die Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums BMZ begleitet wird, zeigt, wie kurzfristig und einseitig man die globale Krise zu bearbeiten gedenkt. Mit ein paar Panzern mehr oder weniger wird man ihr nicht beikommen.

Mario Neumann vertritt die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international im politischen Berlin und ist verantwortlicher Redakteur des medico-Rundschreibens. Er berichtet in dieser Funktion regelmäßig über die Arbeit der weltweiten Partnerorganisationen, zuletzt im Mai 2024 aus der Ukraine.



TABELLE

Deutsche Ukraine-Politik: Auf Worte müssen noch Taten folgen



Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in Deutschland. (Ukrainische Botschaft)

Die Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz war eine Diagnose, die Therapie sei ausgeblieben, schreibt der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev anlässlich des dritten Jahrestages der Rede. Die neue Regierung müsse den Worten endlich Taten folgen lassen.

Am 27. Februar 2022 hielt Bundeskanzler Olaf Scholz seine wahrhaft historische Zeitenwende-Rede und prägte damit den Begriff. Tatsächlich war es aber nicht der Bundeskanzler, der für die Zeitenwende verantwortlich war. Es war Russland, das Europa am 24. Februar den Krieg erklärte und damit die Zeitenwende einläutete. Den Begriff „Zeitenwende“ zu verwenden, war die richtige Diagnose, aber viele wollten sie auch gleich als Therapie verstanden wissen.

Am 27. Februar 2022 war vieles noch unklar. Auch unser Verteidigungsminister hat damals die Abwehr des brutalen russischen Krieges noch in Stunden gerechnet. Keiner hätte gedacht, dass wir einmal über den „dritten Jahrestag“ sprechen werden. Und dabei muss man bedenken: Für die Ukraine hat die Zeitenwende eigentlich bereits 2014, mit dem Einmarsch der russischen „grünen Männchen“ auf die ukrainische Halbinsel Krim begonnen. Im Februar 2022 riefen die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst ihre Verwandten in Russland an und erzählten, dass sie gerade von Russen bombardiert werden. Die Antwort war „Wir greifen nur Militärobjekte an“. Es war kaum zu glauben, dass Russen ihrem Fernsehen mehr trauten als ihren Angehörigen.

Heute verstehen wir Ukrainer, dass wir für unsere sogenannten Verwandten in Russland immer „kleine“ Brüder und Schwestern waren. Russland hat uns immer als Kolonie betrachtet und nie

als Nation. Und wenn eine imperiale Macht einem Volk das Existenzrecht abspricht, ist der Bruch des Völkerrechts unvermeidlich.

Die Zeitenwende-Rede vom 27. Februar 2022 war noch keine Antwort. Es war vielmehr eine richtige, wenn auch verspätete Diagnose verbunden mit der Frage, wie darauf zu reagieren ist. Das Schlimme ist, dass die Antwort auf diese Frage seit drei Jahren von Deutschland nicht vollständig ausgesprochen werden konnte. Auf eine Zeitenwende kann man nicht mit einem „so lange wie nötig“ antworten. Denn je länger dieser Krieg dauert, desto mehr Menschen werden getötet. Und unschuldige Tote kann niemand als „nötig“ bezeichnen.

Ich weiß nicht, an wie vielen Veranstaltungen ich als Botschafter teilgenommen habe, in deren Namen das Wort „Zeitenwende“ stand. Zuletzt war es „Zeitenwende on Tour“ in München am Vorabend der letzten Sicherheitskonferenz. Es war ein seltsames Gefühl, plötzlich der Ruhigste unter den Weltpolitikern zu sein. Sie haben oft in politischen Abschlusserklärungen ihre Besorgnis ausgedrückt, jetzt waren sie wirklich besorgte. Ich habe in Deutschland schon oft gehört: „Das ist nicht unser Krieg!“ Jetzt haben die Amerikaner geantwortet: „Doch, liebe Europäer, das ist euer Krieg.“

Es tut mir weh, das zu sagen: Viele Ereignisse vom Februar 2022 scheinen sich drei Jahre später fast identisch zu wiederholen. Wieder die Rede des ukrainischen Präsidenten in München. Wieder wird das Thema Sondervermögen im Bundestag diskutiert. Und während am 27. Februar 2022 der ukrainische Außenminister zu den beginnenden Verhandlungen mit Russland betonte: „Es kann um Frieden gehen, aber nicht um Kapitulation“, so sagt der heutige ukrainische Außenminister: „Der Frieden kann nur umfassend, gerecht und dauerhaft sein.“

Ich bitte darum, für die heutigen Ereignisse nicht den Begriff „Zeitenwende“ zu verwenden. Dafür haben wir keine Zeit. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Die Stunde Europas hat geschlagen.

Eines ist in dieser Stunde klar: Wenn Russland ungestoppt bleibt, ist das eine Garantie für die Unsicherheit Europas. Es ist gut, dass die Außen- und Sicherheitspolitik schon heute als erstes Thema für künftige Koalitionsverhandlungen genannt wird. Es gilt jetzt, zügig zu verhandeln und die Finanzierung der Sicherheit zu gewährleisten. Diesmal kann „nach der Wahl“ nicht „vor der Wahl“ sein. Sondern vor dem Krieg.

Es wird Zeit, auf die Diagnose der Zeitenwende-Rede die richtigen Antworten zu geben: Kriegstüchtigkeit. Stärke. Abschreckung. Führungsrolle. Hochfahren der Rüstungsindustrie. Beschlagnahme der russischen Vermögen. „Mit allem, was uns zur Verfügung steht“. „So schnell wie möglich“. Weitreichende Angriffe. Taurus. Senkung des Ölpreisdeckels. Ende der Schattenflotte. Starke Sanktionen. Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Nato-Einladung an die Ukraine. Alle diese Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden. Kurz zusammengefasst: Die Ukraine muss den Krieg gewinnen.

***Olekseii Makeiev** ist seit 2022 ukrainischer Botschafter in Deutschland. Zuvor war er unter anderem politischer Direktor und Sonderbeauftragter für Sanktionspolitik im ukrainischen Außenministerium.*

Table.Briefings – for better informed decisions.

Sie können besser entscheiden, weil Sie besser informiert sind – das ist das Ziel von Table.Briefings. Wir möchten Ihnen mit jeder Table-Ausgabe, mit jeder Analyse und mit jedem Hintergrundstück einen Informationsvorsprung, am besten sogar einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Darum konzentrieren sich bei Table.Briefings große Teams erfahrener Fachjournalisten auf klar abgegrenzte Themenfelder – ganz gegen den Branchentrend, Redaktionen zu verkleinern und Fachgebiete aufzulösen.

Table Professional Briefings werden an den entscheidenden Stellen gelesen: In der Bundesregierung und der EU-Kommission, in Weltkonzernen und bei NGOs, an Universitäten und in Thinktanks, bei Verbänden und in Botschaften – von den Entscheidern und den Experten, die Entscheidungen vorbereiten.

Unser Produktportfolio erstreckt sich mittlerweile über zwölf Professional Briefings, zu denen Africa.Table, Agrifood.Table, Berlin.Table, Bildung.Table, CEO.Table, China.Table, Climate.Table, ESG.Table, Europe.Table, Research.Table, Security.Table und 100Headlines.Table gehören. Verschaffen Sie sich gern einen Überblick zu [unserem Angebot](#).

Security.Table Professional Briefing

Security.Table ist eine Plattform, die sich an maßgebliche Akteure im Bereich Sicherheitspolitik richtet. Sie bietet Analysen, Expertenbeiträge und Nachrichten insbesondere zu geopolitischen Fragen. Die Zielgruppe umfasst Entscheidungsträger in Regierungen von Bund und Ländern, Sicherheitsbehörden, Thinktanks, Unternehmen und anderen Institutionen.

Der Deep Journalism-Ansatz von Table.Briefings kombiniert die Qualität traditioneller Medien mit der Tiefe von Expertenpublikationen. Dabei werden entscheidende Fragen im Bereich Geopolitik, Bundeswehr, Nato und internationale Sicherheitspolitik aufgegriffen, wie beispielsweise: Welche Faktoren und welche Akteure beeinflussen die geopolitische Lage in verschiedenen Regionen? Wie prägen geopolitische Konflikte die Sicherheitslage in einer Region und global? Welche weltweiten Trends zeichnen sich ab, und welche Persönlichkeiten werden in der Zukunft maßgeblich die Geopolitik gestalten?